

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Peter Bleser, Albert Deß, Wilhelm Dietzel, Gottfried Haschke (Großhennersdorf), Kurt J. Rossmannith, Siegfried Hornung, Ulrich Junghanns, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Dr. Dionys Jobst, Helmut Lamp, Günter Marten, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Max Straubinger, Simon Wittmann (Tännesberg) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich, Jürgen Koppelin, Lisa Peters, Jürgen Türk, Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion der F.D.P.

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 13/400, 13/401 —

Agrarbericht 1995

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß
 - die landwirtschaftlichen Betriebe im Durchschnitt nach einem Rückgang der Gewinne in 1993/1994 im laufenden Wirtschaftsjahr 1994/1995 mit einem Wiederanstieg der Gewinne rechnen können. Die Transferzahlungen zum Ausgleich für Preissenkungen zur Abfederung von Einkommensverlusten sowie für die Erhaltung der Kulturlandschaft stellen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen dar.
2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß
 - die Voraussetzungen für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und für mehr unternehmerisches Handeln der landwirtschaftlichen Betriebe, vor allem durch eine Verstärkung der einzelbetrieblichen Förderung, verbessert worden sind;
 - die Agrarreform der EU zu einer deutlichen Marktentlastung bei stabileren Erzeugerpreisen für Getreide sowie zum Abbau der Interventionsbestände bei Getreide, Rindfleisch und

Butter geführt hat und Fortschritte bei der einfacheren sowie praxisnäheren Umsetzung der Reform erreicht worden sind;

- mit der ab 1. Januar 1995 wirksamen Agrarsozialreform die landwirtschaftliche Alterssicherung auf eine finanziell stabile Basis gestellt, die Beitragsleistung noch besser an der finanziellen Leistungsfähigkeit ausgerichtet und die eigenständige Sicherung für die Bäuerinnen eingeführt worden ist;
- die Bundesregierung die Bedingungen für die Milcherzeugung im Sinne einer Stärkung der aktiven Milcherzeuger vor allem durch erleichterte Handelbarkeit und Saldierung der Milchquoten wesentlich verbessert hat;
- die Bundesregierung zur Unterstützung der deutschen Landwirtschaft umfangreiche Maßnahmen umgesetzt hat und auch in akuten Notsituationen, so z. B. zugunsten der durch die Schweinepest geschädigten Landwirte schnelle Hilfsmaßnahmen eingeleitet hat.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Rahmenbedingungen noch stärker darauf auszurichten, daß sich in allen Regionen Deutschlands leistungs- und wettbewerbsstarke, marktorientierte und umweltverträglich sowie tiergerecht wirtschaftende Betriebe entwickeln; insbesondere für eine Stärkung der Eigenverantwortung der Landwirte und für einen finanziellen Ausgleich der ökologischen und landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirtschaft einzutreten, die über die Vorgaben einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung hinausgehen;
- zügig eine einheitliche Agrarpolitik für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere in der Strukturförderung, zu gestalten, die den regional unterschiedlichen Strukturen in Deutschland Rechnung trägt. Für den Bereich der Milchproduktion ist ein Konzept über die Zusammenführung der unterschiedlichen Milchquotensysteme in Deutschland zu erarbeiten, das betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet;
- die Rahmenbedingungen für eine rentable Forstwirtschaft sowie für Erwerb Einkommenskombinationen der Landwirtschaft zu verbessern, vor allem Anbau und Markteinführung nachwachsender Rohstoffe, weiter voranzubringen.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihren Verhandlungen in Brüssel

- auf Kontinuität der EU-Agrarmarktpolitik und damit auf Verlässlichkeit für die Landwirte zu setzen; die Agrarreform 1992 in ihrer dritten Stufe noch praxisnäher und verwaltungseinfacher zu gestalten sowie mit der konsequenten Anwendung der Garantiemengenregelung Milch in der EU einen Marktausgleich und stabile Erzeugerpreise anzustreben;

- bei der Umsetzung der GATT-Vereinbarungen zusätzliche Belastungen für die Landwirtschaft zu verhindern, insbesondere bei den anstehenden Reformen der EU-Marktordnungen für Zucker, Obst und Gemüse sowie für Wein die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen und im Grundsatz an den bewährten Systemen festzuhalten;
- mit Nachdruck eine Korrektur der europäischen Seuchenbekämpfungspolitik auf der Basis markierter Impfstoffe anzustreben und die auf europäischer Ebene getroffenen Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung der Rinderseuche BSE konsequent durchzuführen;
- auf europäeinheitlichen Umwelt-, Natur- und Tierschutz auf hohem Niveau und damit auf einen Abbau der Wettbewerbsverzerrungen in der EU hinzuwirken und insbesondere für EU-weit geltende tiergerechte Transportbedingungen einschließlich der Begrenzung der Transportzeit von Schlachtvieh weiterhin mit Nachdruck einzutreten.

Bonn, den 7. März 1995

Egon Susset

Meinolf Michels

Peter H. Carstensen (Nordstrand)

Peter Bleser

Albert Deß

Wilhelm Dietzel

Gottfried Haschke (Großhenndorf)

Kurt J. Rossmann

Siegfried Hornung

Ulrich Junghanns

Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)

Dr. Dionys Jobst

Helmut Lamp

Günter Marten

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Max Straubinger

Simon Wittmann (Tannesberg)

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Günther Bredehorn

Ulrich Heinrich

Jürgen Koppelin

Lisa Peters

Jürgen Türk

Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion

